

Amtlicher Teil

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bündner Schulblatt = Bollettino scolastico grigione = Fegl
scolastic grischun**

Band (Jahr): **29 (1969-1970)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Amtlicher Teil

Aufnahmeprüfungen am Lehrerseminar Lehrernachwuchs

Dr. Conrad Buol, Seminardirektor

1. Aufnahmeprüfungen

Wir möchten Schulbehörden und Lehrer schon heute darüber orientieren, dass die Aufnahmeprüfungen 1970 vom 20.–24. Juni durchgeführt werden. Auf Antrag der Konferenz der Seminarlehrer und der kantonalen Erziehungscommission hat das Erziehungsdepartement verfügt, dass die Aufnahmeprüfungen für das Lehrerseminar am Ende des Schuljahres, statt wie bisher unmittelbar vor Beginn des neuen Schuljahres, abgenommen werden. Diese Neuregelung gilt vorerst für eine Versuchsperiode von drei Jahren.

Die Gründe, die unsere Konferenz zum erwähnten Antrag bewogen haben, sind im wesentlichen folgende:

a) Die Kandidaten, welche die Aufnahmeprüfung für das Lehrerseminar ablegen, wissen schon Ende Juni, ob sie ins Seminar aufgenommen werden oder nicht. Sie müssen sich nicht auch noch während des Sommers auf die Prüfungen vorbereiten, sondern kön-

nen im Herbst ausgeruht das erste lange Schultrimester beginnen. Jene Kandidaten jedoch, welche die Aufnahmeprüfung nicht bestehen, können sich früher als bisher einer andern Berufslehre zuwenden.

(Es wurde auch erwogen, die Aufnahmeprüfungen schon nach Ostern abzunehmen. Zu diesem Zeitpunkt aber hätten viele Sekundarschulen das Schuljahr noch nicht abgeschlossen. Die Startbedingungen für die Kandidaten wären also recht ungleiche: neben Schülern, die das letzte Sekundarschuljahr ganz oder beinahe abgeschlossen hätten, würden solche zur Aufnahmeprüfung antreten, denen noch rund zwei Monate des letzten Schuljahres fehlten.)

b) Die Klassenbildung und die Stunden- bzw. Fächerzuteilung am Seminar wird dadurch, dass die Aufnahmeprüfungen schon im Juni, statt erst Ende August/anfangs September, abgenommen werden, stark erleichtert. Die Bildung der Abteilungen für die 1. Seminarklasse musste bisher lediglich auf Grund der Anmeldungen erfolgen. Es stand zur Zeit, da die Stunden- zuteilung an die Professoren zu treffen und der Stundenplan zu erstellen war, noch nicht fest, welche Kan-

didaten die Aufnahmeprüfung bestehen werden. Werden jedoch die Prüfungen im Juni abgenommen, so wissen wir genau, wieviele deutsch-, romanisch- und italienischsprachige Schüler die 1. Seminarklasse absolvieren werden.

Die Vorverlegung der Prüfung liegt also im Interesse der Kandidaten wie auch der Schule. Eine Umfrage bei den Schulinspektoren, den Berufsberatern und einer Reihe von Sekundarlehrern aus verschiedenen Talschaften hat ergeben, dass eine Vorverlegung der Aufnahmeprüfungen für das Lehrerseminar deutlich bejaht und dass als Termin Ende Juni bevorzugt wird. Der Vorstand des Bündner Sekundarlehrervereins hat uns in einem Schreiben vom 3. Februar 1969 erneut seine schon vor Jahren erfolgte Stellungnahme bestätigt. Er führt wörtlich aus: «Die Sekundarlehrerschaft würde nach wie vor eine Vorverlegung der Aufnahmeprüfungen begrüssen und freut sich, dass das Bündner Lehrerseminar diese Frage erneut behandelt.»

Gelegentlich ist im Hinblick auf die Aufnahmeprüfungen auch die Bedeutung der Ferienkurse erwähnt worden. Bei der Durchführung der Aufnahmeprüfungen Ende Juni können jene Kandidaten, die die Prüfung zwar bestehen, in einzelnen Fächern jedoch noch schwache oder ungenügende Leistungen aufweisen, in den betreffenden Fächern den Ferienkurs besuchen. Ja, der Besuch des Ferienkurses kann in solchen Fällen bei der Mitteilung des Prüfungsergebnisses besonders empfohlen werden. Schüler, die im Herbst zu einer Nacharbeit antreten müssen, können sich bei der Vorbereitung ganz auf dieses Fach konzentrieren, währenddem sie sich bisher, wenn die Nacharbeit erst im

November verlangt wurde, neben dem vollen übrigen Unterrichtpensum auf diese Nacharbeit vorzubereiten hatten. Zusammenfassend also überwiegen die Vorteile, die sich aus einer Vorverlegung der Aufnahmeprüfungen ergeben.

Wir bitten, Interessenten schon jetzt auf den neuen Termin aufmerksam zu machen. Anmeldungen sollen uns bis zum 20. März zugestellt werden. Die notwendigen Unterlagen sind vom Sekretariat des Bündner Lehrerseminars zu beziehen.

2. Lehrernachwuchs

Wir nehmen die Gelegenheit wahr, uns hier auch kurz zum Lehrernachwuchs zu äussern. Auf Grund von Unterlagen, die uns der Präsident der Versicherungskasse, Hans Conrad, zur Verfügung gestellt hat, besteht in Graubünden heute ein jährlicher Bedarf an rund 100 neuen Lehrkräften für die Primarschule. Der Bedarf ist also zwei- bis dreimal so gross als vor 20 bis 30 Jahren. Er ist vor allem deshalb so stark angestiegen, weil sich im Hinblick auf die guten Anstellungschancen auch für Lehrstellen an höheren Schulen recht viele junge Primarlehrer dem Weiterstudium widmen.

Sodann ist die Abwanderung in andere Kantone zu erwähnen, vor allem von Lehrern, die einige oder mehrere Jahre in Graubünden Schule gehalten haben. Freilich steht dieser Gruppe der Abwanderer eine zwar nicht ganz so hohe, aber doch recht beträchtliche Zahl von Lehrern aus andern Kantonen gegenüber, die in den bündnerischen Schuldienst eintreten. Es ist zu erwarten, dass mit einer Verlängerung der jährlichen Schulzeit, die heute immer mehr gefordert wird, auch durch

die jüngst eingereichte Motion Dr. Gadiant, nicht nur die allgemeine Schulbildung in entscheidender Weise gehoben, sondern auch der Abwanderung von Bündner Lehrern wirksamer als bisher gesteuert werden kann. Schulbehörden und Lehrer werden daher der Frage einer Schulzeitverlängerung, wie der Verbesserung der örtlichen Schulverhältnisse überhaupt, die volle Aufmerksamkeit schenken, weil sie im Interesse einer besseren und zeitgemässen Erziehung und Bildung unserer Jugend liegen. Wenn dadurch auch der schon im Zuge einer allgemeinen Mobilität unserer Gesellschaft herrschende Lehrerwechsel gemildert werden kann, so kommt dies wieder der Schule und den Kindern zugute. Dass die mit Recht geforderte Schulkoordination eine annähernd gleich lange Schulzeit miteinschliesst, versteht sich. Es wurde beispielsweise gesagt, für viele Jugendliche aus Graubünden sei es ihrer Vorbildung wegen schwierig, den Anschluss im Technikum Buchs zu erreichen. Die Elementarbildung wirkt sich eben auch in der Sekundar- und Werkschule, in den Berufs- und Mittelschulen aus. Weitere Gründe für den hohen Bedarf an Lehrern sind Berufswechsel und Verheiratung. Die Tatsache, dass sich immer mehr Mädchen dem Lehrerberuf zuwenden, hat einen grösseren Lehrerwechsel zur Folge, weil viele Lehrerinnen infolge Verheiratung nur wenige Jahre im Amte bleiben. An unserem Seminar sind gegenwärtig rund 55 Prozent Mädchen. In den meisten andern schweizerischen Seminarien mit Schülern beiderlei Geschlechts beträgt die Anzahl der Mädchen heute rund zwei Drittel. In den Nachbarländern, ja in der westlichen Welt überhaupt, beträgt die Zahl der weiblichen Lehramtskandidaten rund

80%, wobei die Lehrerbildung etwas in Österreich und Deutschland den Erwerb des Reifezeugnisses voraussetzt und in Österreich vier, in Deutschland (wie neuerdings auch in England) sechs Semester umfasst. Die Frau steht heute ganz allgemein mehr im Berufsleben: es gibt Ärztinnen, Architektinnen, Juristinnen, Skilehrerinnen, Chauffeuses usw. Der Lehrerberuf aber als ein erzieherischer und sozialer Beruf liegt der Frau ganz besonders. Sie erfüllt heute in diesem Beruf eine nicht mehr wegzudenkende, wichtige Aufgabe. Die Entwicklung also in dem Sinne, dass sich mehr Mädchen dem Lehrerberuf zuwenden, ist auch bei uns nicht aufzuhalten. Um aber diesen Prozess etwas zu verlangsamen und einem zu starken Lehrerwechsel entgegenzuwirken, sollten auch in Zukunft verhältnismässig viele Knaben für die Ausbildung zum Lehrer gewonnen werden. Wir ersuchen daher die Herren Sekundarlehrer, begabte und geeignete Kandidaten zum Besuch des Lehrerseminars zu ermuntern. Wir haben schon vor Jahren (im Schulblatt vom Januar 1961) dargelegt, dass zu erstreben ist, vor allem mehr Jünglinge vom Lande für den Lehrerberuf zu gewinnen. Eine beträchtliche Zahl von Lehrkräften, welche die ländlich-bäuerlichen Verhältnisse und auch den Dialekt einer Talschaft kennt, erleichtert die Erfüllung der Aufgabe in Schule und Dorfgemeinschaft. die Erhaltung und Pflege der Mundarten und weiterer kultureller Besonderheiten. Zusammenfassend erscheinen folgende Massnahmen geeignet, dem Lehrermangel und einem zu häufigen Lehrerwechsel entgegenzuwirken: eine allgemeine und wesentliche Verlängerung der minimalen jährlichen Schulzeit;

Mutationen im Lehrkörper der Primarschule

a) Aus dem Schuldienst ausgetreten:

	1 Abwanderung in and. Kantone	2 Verheiratung in and. (nur Lehrerinnen)	3 Studium, aus Vers.-Kasse ausgetreten	4 Studium u. z. 1. Mal stillstehend i. Vers.-K.	5 Berufswechsel u. a. Gründe	6 in den Ruhestand	7 im Amt gestorben	Total
1961/62	14 (5)	9	5	28 (9)	11	14 (-)	4	85 (23)
1962/63	21 (3)	16	12 (1)	28 (7)	10 (1)	11 (1)	2	100 (29)
1963/64	15 (4)	9	6 (1)	24 (10)	10 (5)	27 (6)	2	93 (35)
1964/65	11 (8)	10	6	32 (14)	10 (2)	17 (3)	3	89 (37)
1965/66	23 (13)	15	4	23 (9)	11 (8)	9 (-)	1	86 (45)
1966/67	25 (12)	7	10 (2)	26 (9)	20 (9)	14 (3)	1	103 (42)
1967/68	19 (9)	17	53	38 (17)	7	14 (-)	2	102 (46)

b) Neu in den bündnerischen Schuldienst eingetreten:

	davon aus andern Kantonen		davon aus andern Kantonen Stillstehende, die wieder in den Schuldienst zurückkehren		Total
1961/62	76 (25)	15	8	84	84
1962/63	97 (42)	11	6	103	103
1963/64	84 (31)	13	5	89	89
1964/65	79 (30)	12	10	89	89
1965/66	99 (54)	13	10	109	109
1966/67	94 (48)	15	7	101	101
1967/68	102 (43)	10	4	106	106

In Klammern gesetzte Zahlen: davon Lehrerinnen

die möglichste Hebung der Schulverhältnisse und dadurch die höhere Wertung des Lehrerberufes;
die Gewinnung einer beträchtlichen

Zahl von männlichen Anwärtern für den Lehrerberuf, wobei die Kandidaten vom Lande verhältnismässig gut vertreten sein sollten.

Richtlinien zur Ausbildung der Primarlehrer

Die Konferenz der Leiter schweizerischer Lehrerbildungsanstalten und der Schweizerische pädagogische Verband haben durch das Pädagogische Institut der Universität Fribourg eine Strukturanalyse der gegenwärtigen Lehrerausbildung in der Schweiz durchführen lassen. Ausgehend von ihren Ergebnissen wurden an einer Arbeitstagung vom 27.–31. Oktober 1969 Richtlinien erarbeitet und beschlossen, durch welche die Reformbestrebungen in den einzelnen Kantonen fundiert und zudem koordiniert werden sollen.

Die Strukturwandlungen unserer Gesellschaft, welche sich bereits vollzogen haben und weiterhin vollziehen, ergeben neue Forderungen und Möglichkeiten für die Schulung, gefährden aber andererseits auch die gesunde Entwicklung unserer Kinder und erschweren deren Erziehung und Bildung. Sollen die Primarlehrer diesen gesteigerten Anforderungen gewachsen sein, muss ihre Ausbildung wesentlich erweitert, vertieft und verlängert werden. Erste Voraussetzung ist eine qualifizierte Allgemeinbildung.

Die berufliche Grundausbildung und die Fortbildung sind als Einheit zu betrachten und aufeinander abzustimmen. Im besonderen sind unabdingbare Forderungen für eine zukünftige berufliche Lehrerbildung:

1. Die pädagogisch-schulpraktische Grundausbildung muss auf wissenschaftlichen Grundlagen beruhen, soll aber in ständiger gegenseitiger Durchdringung von Theorie und Praxis erfolgen. Sie erstreckt sich unter den heutigen Umständen auf mindestens 4 Semester; darin eingeschlossen sind ausgedehnte Lehrpraktika

und ein Sozialpraktikum. Lehramtskandidaten dürfen aber nicht der Grundausbildung entzogen werden, um aushilfsweise vakante Lehrstellen zu versehen. Soll die Ausbildung intensiv und individuell gestaltet werden, dürfen die Lehrerbildungsanstalten eine überschaubare Grösse nicht überschreiten (maximal 300 Studenten), die Klassen oder Ausbildungsgruppen nicht mehr als 20 Teilnehmer zählen. Übungslektionen können an Schulen der Umgebung gehalten werden; doch ist eine der Lehrerbildungsanstalt angegliederte Demonstrations-, Übungs- und Versuchsschule unentbehrlich.

2. Die Grundausbildung muss ergänzt und vertieft werden

– durch intensive Betreuung der Junglehrer in den ersten zwei Dienstjahren mit Hilfe von erfahrenen und dazu besonders ausgebildeten Lehrkräften. Erst nach dieser Bewährung soll die definitive Wählbarkeit erteilt werden;

– durch obligatorische Fortbildungskurse im Umfang von insgesamt 6–10 Wochen während der ersten acht Dienstjahre.

3. Die dauernde Fortbildung aller Primarlehrer während ihrer ganzen Dienstzeit (zum Beispiel jährlich eine Woche) zur Einführung in neue Aufgaben, neue Methoden, neue Lehrmittel muss obligatorisch werden. Sie schliesst eine freiwillige Fortbildung, die der Befriedigung individueller Bedürfnisse und Interessen der Primarlehrer dient, nicht aus.

4. Eine derart konzipierte Aus- und Fortbildung der zukünftigen Primarlehrer bedingt ein entsprechendes Studium und eine Fortbildung der Lehrerbildner (Pädagogik-, Psychologie-, Didaktik- und Übungslehrer, Leiter von Fortbildungskursen).

Die dazu erforderlichen Institutionen sind auszubauen oder neu zu schaffen, zum Beispiel an pädagogischen Seminaren und Instituten der Iniversitäten.

Diese Richtlinien gewährleisten eine im Grundsätzlichen übereinstimmende Reform der Lehrerbildung in der ganzen Schweiz, ermöglichen aber regional modifizierte Lösungen.